



Das SPÖ-Gemeinde-
Beteiligungsmodell fördert
die Errichtung von Solar-
anlagen auf gemeindeeigen-
en Gebäuden und Liegen-
schaften. Ein Drittel der
Dachflächen sind dafür gut
geeignet. Seite 7

Trummer: „Es darf keine Privatisierung durch die Hintertür geben!“ - S. 3

Wasserversorgung muss in kommunaler Hand bleiben



Freude über die 25-jährige Erfolgsstory Dorferneuerung: GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer, Familienlandesrätin Verena Dunst, LH Hans Niessl und Gemeindebund-Präsident LAbg. Leo Radakovits (Bericht auf Seite 4)

Foto: GVV

Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
LAbg. Erich Trummer, und sein Team
wünschen allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern
einen erholsamen Sommer!

Kommentar



Mag. Herbert **MARHOLD**
Landesgeschäftsführer
GVV Burgenland

*Liebe Gemeindevertreterinnen,
liebe Gemeindevertreter!*

Am 15. Mai dieses Jahres fand im großen Landtagssitzungssaal in Eisenstadt eine Enquete zur Gemeindeordnung neu statt. Teilnehmer waren Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Interessenvertretungen, Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare, Vertreter der Bezirkshauptmannschaften und des Landes sowie juristische Experten. Ziel ist, so zumindest die Vorstellungen des Gemeindereferenten, die Gemeindeordnung zu verschlanken und zu „entriumpeln“.

Der GVV Burgenland hat sich bei dieser Enquete personell und inhaltlich stark eingebracht. Wir wollen ebenfalls eine Modernisierung der Gemeindeordnung, obwohl erst 2009 eine große, umfangreiche Novellierung gemacht wurde.

Wir glauben, dass es notwendig ist, im Sinne der Rechtssystematik einige Teile der Gemeindevahlordnung – insbesondere jene über die Nachbesetzung freigeordneter Ämter – in die Gemeindeordnung zu integrieren und diesen Prozess auch zu vereinfachen.

Wir wollen auch – in vertiefenden Gesprächen, die jetzt folgen werden – über verbesserte Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Gemeindeordnung diskutieren. Insgesamt steht für uns als GVV nicht unbedingt die Verschlinkung der Gemeindeordnung im Fokus, sondern die gezielte Verbesserung einzelner Bestimmungen, mehr Transparenz, bessere Verständlichkeit und vor allem Mittel zur Sanktionierung von groben Verstößen, um auch die Einhaltung der Bestimmungen zu gewährleisten. Viele Vorschläge diesbezüglich wurden von unseren politischen Vertretern am 15.5. eingebracht.

Wir bleiben am Ball...



Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Hochwasserschutz: 5,6 Mio. € Bundesförderungen offen

„Berlakovich in die Pflicht nehmen“

Nach der letzten Hochwasserkatastrophe und den neuen Überflutungen und Muren durch Starkregen – das Burgenland blieb zuletzt zum Glück weitgehend verschont – wird nun massive Kritik an Bundesminister Niki Berlakovich laut. Der Bund ziert sich, bereits zugesagte Mittel für den Hochwasserschutz im Burgenland bereitzustellen. Der GVV fordert diese Mittel rasch freizugeben. Einen Etappenerfolg konnte der GVV bei der Siedlungswasserwirtschaft erreichen. Die von Berlakovich geplante Streichung der Bundesfördermittel für die Sanierung und Errichtung von Kanal- und Wasserleitungsbauten ist vorerst vom Tisch. Der Wermutstropfen: Die Rücknahme gilt nur für zwei Jahre.

„Wenn man die Schäden und das Leid der Menschen in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten sieht, versteht niemand, dass der Bund säumig ist bei der Bereitstellung der zugesagten Mittel“, fordert GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer Umweltminister Niki Berlakovich zum Handeln auf. „Zaudern bringt den Menschen nichts, jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden! Es geht nicht um ein paar Euro. Der Bund ist mit satten 5,6 Millionen Euro säumig“, wettet Trummer. Mit diesen Mitteln könnte man vielen Burgenländerinnen und Burgenländer vor möglichen künftigen Hochwasserschäden schützen: „Zuletzt hat uns das Hochwasser zum Glück weitgehend verschont. Ende Februar hatten aber im Südburgenland zahlreiche Feuerwehrleute mit Hochwasser zu kämpfen. Besonders stark betroffen war der Bezirk Güssing: Straßen wurden gesperrt, Unterstützung vom Bundesheer musste angefordert werden. Niemand ist vor Umweltkatastrophen gefeit“, mahnt der GVV-Chef. Nun müsse man Umweltminister Berlakovich in die Pflicht nehmen: „Ich fordere, das ausstehende Geld für Baumaßnahmen rasch bereit zu stellen. Hochwasserschutz schützt Hab und Gut der Menschen und muss erste Priorität im Bereich der Förderungen erhalten.“ Landeshauptmann Hans Niessl hat in einem Gespräch mit GVV-Präsident Trummer angekündigt, die Zinszahlungen für auf Kredit finanzierte Hochwasserschutzprojekte, bei denen die Bundesmittel noch nicht wie versprochen geflossen sind, aus Bedarfszuweisungsmitteln zu bezahlen, um so den Gemeinden kurzfristig finanziell zu helfen.

Erfolg der Gemeinden bei Siedlungswasserwirtschaftsförderung

„Berlakovich hat in seinem Ressort zunächst die Bundesförderungen für die Errichtung und Sanierung von Kanal- und Wasserleitungsbauten ab dem Jahr 2013 komplett gestrichen. Auf Druck der Gemeinden konnten zumindest für 2013 und 2014 rund 160 Millionen Euro Fördermittel für das gesamte Bundesgebiet gesichert werden. Das ist aber nur rund die Hälfte der bisherigen Fördervolumen und entspricht nicht dem unmittelbaren Bedarf von rund 200 Millionen Euro“, so Trummer. Da die Rücknahme der Förderstreichung nur für zwei Jahre gilt und deshalb die Finanzierung der Sanierungen und Neuerrichtungen ab dem Jahr 2015 weiterhin offen ist, will Trummer nicht nachgeben: „Der GVV Burgenland macht weiter Druck auf den Bundesminister.“ •

Trinkwasser ist keine Ware, sondern ein Lebensmittel für alle. Deshalb darf die Wasserversorgung nicht zum Anlage- und Spekulationsobjekt werden, dafür setzt sich der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband vehement ein.

Foto: GVV



Trinkwasserversorgung bleibt vor Liberalisierung geschützt **Trummer: Absicherung in der Landesverfassung bleibt das Ziel**

Die geplante EU-Konzessionsrichtlinie, mit der europaweite Regeln für die Vergabeverfahren von Dienstleistungskonzessionen geschaffen werden sollen, stößt im Burgenland auf breite Kritik. Die Ankündigung von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier die Wasserversorgung von dieser Richtlinie auszunehmen bezeichnet GVV-Präsident Erich Trummer als „großartigen Erfolg“. Am Ziel einer verfassungsrechtlichen Absicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung hält er fest.

Kritiker hatten davor gewarnt, dass die Richtlinie den Weg zur Privatisierung der Grundversorgung ebnet. Auch die Wasserversorgung hätte ins Visier privater Konzerne geraten können. Der nunmehrige Rückzieher der EU-Kommission ist auch dem Erfolg der 1. Europäischen Bürgerinitiative mit 1,5 Millionen Unterschriften zu verdanken. Man müsse aber damit rechnen, dass es zu neuen Vorstößen der Liberalisierungsbefürworter kommt, warnt Trummer. Der GVV will deshalb an seinem Ziel festhalten, mit Unterstützung von zwei Drittel der Gemeinden die Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung in der Landesverfassung festzuschreiben. Rund 100 Gemeinden haben bereits Resolutionen für die öffentliche Wasserversorgung mit Verfassungsschutz beschlossen.

„Die Wasserversorgung in kommunaler Hand darf nicht der Liberalisierung geopfert werden. Wasserversorgung ist ein elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Trinkwasser ist keine Ware, sondern ein Lebensmittel für alle“, stellt der Präsident des GVV Burgenland klar.

Der Hintergrund: Die EU-Kommission plant, Dienstleistungskonzessionen dem Vergaberecht zu unterwerfen. Die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ist bisher nicht durch spezielle Vorschriften geregelt, sondern orientiert sich an den Grundsätzen für den EU-Binnenmarkt: Gleichbehandlung, Transparenz und Wettbewerb. Mit der Dienstleistungskonzession erhält der Konzessionär für die Erbringung der Dienste statt einer Vergütung das Recht zur kommerziellen Nutzung oder Verwertung. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europaparlamentes hat am 24. Jänner 2013 der Richtlinie zugestimmt.

Keine Privatisierung durch die Hintertür

Trummer: „Privatunternehmen haben zum Ziel, eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften. Für öffentliche Unternehmen beziehungsweise Länder und Gemeinden ist dagegen die zentrale Aufgabe die Interessen der Gesamtbevölkerung zu befriedigen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Eine Privatisierung durch die Hintertür darf es nicht geben.“

Klartext



von

GVV-Präsident
LAbg.
Erich **Trummer**

**Liebe Gemeindevertreterinnen,
liebe Gemeindevertreter!**

Gemeinsam. Gemeinden. Bewegten. Mit dieser Handschrift konnten wir in den letzten Monaten auch wirklich schon einiges bewegen. Energiekostenreduktion, Photovoltaikförderung oder Gesetzesnovellen wie z. B. das Kinderbetreuungsgesetz bringen verbesserte Bedingungen für die burgenländischen Gemeinden. Ganz besonders wichtig ist mir aber, dass es bei der Aufteilung der Bundesertragsanteile zu mehr Gerechtigkeit für unsere burgenländischen Gemeinden kommt. Deshalb wurde auf Initiative des GVV-Burgenland im Österreichischen Gemeindebund ein Diskussionsprozess gestartet, der mehr vermögensbezogene Bundeseinnahmen vor allem für die Kommunen bringen soll. Vor allem muss es aber auch zu mehr Verteilungsgerechtigkeit mit der Angleichung der Finanzausgleichsmittel je Einwohner zwischen westlichen und östlichen Bundesländern kommen. Es darf nicht länger sein, dass Gemeinden in Bundesländern mit einer ähnlich ländlichen Struktur wie das Burgenland bis zu 130 Euro mehr pro Einwohner bekommen. Dieses ungerechte West-Ost-Gefälle muss beim nächsten Finanzausgleich repariert werden. Ich bedanke mich jedenfalls für die gute Zusammenarbeit bei allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern und wünsche weiterhin viel Erfolg im Einsatz für unsere Gemeinden.

Herzlichst

In Neutal wurde das 25-jährige Jubiläum der Dorferneuerung gefeiert Von der schönen Fassade zum Zukunftsdorf

25 Jahre Dorferneuerung: Jubiläumsveranstaltung im Technologiezentrum Neutal: Als Fassaden-Verschönerungsaktion vor einem Vierteljahrhundert ins Leben gerufen, hat sich die Dorferneuerung zu einem wichtigen Planungsinstrument für die Zukunft der burgenländischen Gemeinden entwickelt.

Sie soll dazu beitragen, die Vielfalt dörflicher Lebensformen und Siedlungsstrukturen sowie den individuellen Charakter der Dörfer zu bewahren und darüber hinaus auch Impulse für soziale und kulturelle Eigeninitiativen auszulösen. Mit weit über 400 Projekten ist das Burgenland österreichweit Vorreiter. „Wir dürfen mit Fug und Recht sagen: Die Entwicklung der Dorferneuerung ist eine große Erfolgsstory“, freut sich Landesrätin Verena Dunst.

Von der Fassadensanierung bis zur LED-Straßenbeleuchtung

Die Dorferneuerung im Burgenland begann in den 1980er Jahren als klassische „Fassadensanierung“, 1991 wurden erstmals Förderkriterien landesgesetzlich verankert. Auf internationaler Ebene haben sich seit der Einführung der Lokalen Agenda 21 (LA21) im Jahr 1992 bis heute mehr als 180 Staaten diesem Programm angeschlossen. Heute umfasst die Dorferneuerung Maßnahmen zur Erhaltung dörflicher Baustruktur ebenso wie die Förderung des sozialen Lebens im Dorf und die Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen im weitesten Sinn. „Die umfassende Dorferneuerung setzt viele Potenziale frei: Kultur, Soziales, Umwelt, Nachhaltigkeit“, erklärt Dunst.

Budget von 10 Millionen Euro von 2007 bis 2013

Dorferneuerungsprojekte werden zu 75% aus Mitteln der Europäischen Union und zu 25% vom Land Burgenland gefördert; in der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen rund 10 Mio. Euro zur Verfügung, von denen bis dato



Die umfassende Dorferneuerung setzt viele Potenziale frei: Kultur, Soziales, Umwelt, Nachhaltigkeit.

Foto: LMS

insgesamt 4,8 Mio. ausbezahlt wurden. „Damit wurden und werden 40 bis 50 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst, auch das ist ein Erfolg und ein Mosaikstein in der dynamischen Entwicklung des Burgenlandes“, betont Landeshauptmann Hans Niessl. In der aktuellen Förderperiode lag der Fokus auf sozialer Dorferneuerung – wie zum Beispiel der Errichtung von Kommunikationszentren, Generationenhäusern oder der Installation eines Dorfbusses – und erneuerbarer Energie. Letztere sieht Niessl auch als eine der wichtigsten Zukunftsfragen, ebenso wie die Mobilität, diese sei gerade für das Burgenland von besonderer Relevanz.

Erfolg mit Bürgerbeteiligung plus Fachkompetenz

2007 wurde die Dorferneuerung zur „umfassenden Dorferneuerung“ erweitert. Dabei wird in einem begleiteten Prozess gemeinsam mit der Bevölkerung ein Leitbild für die Zukunft der Gemeinde erarbeitet, das vom Gemeinderat beschlossen wird. 140 Gemeinden haben bereits einen Dorferneuerungsprozess umgesetzt, weit über 400 Projekte sind daraus hervorgegangen. „Damit ist die Dorferneuerung die größte Bürgerinitiative des Landes“, so Dunst. Nicht nur das: Mit der großen Anzahl an Projekten liegt das Burgenland weit vor den anderen Bundesländern. „Die Kombina-

tion von Bürgerbeteiligung und der Fachkompetenz von Experten macht den Erfolg der Dorferneuerung aus“, stellt Niessl fest. Für die umfassende Dorferneuerung wurden 1,5 Mio. Euro an Förderungen ausbezahlt.

Verein „Unser Dorf“ als Sprachrohr

Seit 1989 begleitet und unterstützt der Verein „Unser Dorf“ durch Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen und Seminare die Maßnahmen der umfassenden Dorferneuerung. Die vom RMB herausgegebene Vereinszeitschrift „Zukunft.Burgenland“ dient dabei als zentrales Kommunikationsmedium.

„Soziale Dorferneuerung“ künftiger Schwerpunkt

Neben der interkommunalen Zusammenarbeit und der erneuerbaren Energie wird die „soziale Dorferneuerung“ – Nahversorgung, Mobilität, Barrierefreiheit – einen besonderen Schwerpunkt bilden. „Die Auswertung der zahlreichen Dorferneuerungsprozesse hat ergeben, dass die ‚soziale Dorferneuerung‘ für die Burgenländerinnen und Burgenländer einen großen Stellenwert hat“, so Dunst. Die Verhandlungen für die nächste Förderperiode 2014 bis 2020 laufen bereits auf Hochtouren.



Auf der Homepage des Vereines Nachbarschaftshilfe finden Interessierte auch viele Tipps zur Sicherheit im Burgenland *Foto: LMS*

Katastrophenschutzplan: Neue Plattform für Gemeinden fertig

Der bisher von den Gemeinden verwendete digitale Katastrophenschutzplan ist ohne Zweifel in die Jahre gekommen. Benutzerfreundlichkeit und Funktionalität können mit dem heutigen Stand der Technik nicht mehr mithalten. Deshalb wurde im Rahmen des EU Projektes „Sicherheit im Burgenland“ eine moderne Plattform für den digitalen Katastrophenschutzplan der Gemeinden entwickelt.

Ziel war es, die Gemeinden durch technische Hilfe in die Lage zu versetzen, ohne spezielles Vorwissen, die Aufgaben des Katastrophenhilfegesetzes bestmöglich zu erfüllen. Die Plattform ist wie eine Homepage konzipiert und bietet den Gemeinden allen Komfort.

Sorgfältige Planung und koordinierter Hilfeinsatz

Wie gerade die letzte Hochwasserkatastrophe gezeigt hat, ist sorgfältige Planung und ein koordinierter Hilfeinsatz der Schlüssel zur

Bewältigung von Katastrophen und Großschadensereignissen. Genau dabei unterstützt die neue Plattform die Gemeinden.

Der bisher verwendete digitale Katastrophenschutzplan wird von der neuen Plattform abgelöst.

Noch im Juni wurde die Landessicherheitszentrale von der Regierung beauftragt, den Gemeinden die neue Plattform kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Um die neue Plattform digitaler Katastrophenschutzplan optimal nutzen zu können, bestand für alle Gemeinden die Möglichkeit einer kostenlosen Einschulung an der FH Burgenland in Eisenstadt.

Allen Gemeinden, die an einer der Schulungen teilgenommen haben, stehen, die ersten sechs Monate ab Einführung des Systems, ein gratis Telefon- und Mail-Support zur Verfügung.

Direkter Ansprechpartner für die Gemeinden ist Jürgen Karall: 0664/46 61 229 oder info@nachbarschaftshilfe-sicherheit.at

Harsche Kritik an Neusiedler ÖVP

Neusiedler ÖVP-Bürgermeister Kurt Lentsch hat vor Kurzem SPÖ-Vizebürgermeisterin Elisabeth Böhm völlig grundlos die Verantwortung für das Ressort Schule entzogen. Die SPÖ Neusiedl zeigt sich entsetzt und kritisiert wörtlich „Machtrausch und Abgehobenheit“ der Stadt-ÖVP. „Jahrzehntlang hatte die Volkspartei das Schulressort inne und hat nichts für den dringend nötigen Zu- und Umbau unserer Volksschule getan. Ich habe das Ressort nach der Gemeinderatswahl übernommen und setze mich konsequent für die längst überfälligen Investitionen ein. Es ist sogar gelungen, 200.000 Euro dafür im Budget zu verankern, während die ÖVP nur lächerliche 1.000 Euro veranschlagen wollte. Lentsch kann es anscheinend nicht verkraften, dass bei der Schulmodernisierung endlich etwas weitergeht“, so SP-Vorsitzende Vizebürgermeisterin Böhm.

Der Konfrontationskurs der Neusiedler ÖVP behindere die rasche Umsetzung der nötigen Schulinvestitionen, bedauert Böhm: „Ich will kein parteipolitisches Hickhack und keine Machtspielchen auf dem Rücken der SchülerInnen und ihrer Eltern. Mir ist es wichtig, dass sich unsere Kinder in der Volksschule wohlfühlen und dafür auch die passenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die ÖVP hat dazu bisher keinen Beitrag geleistet. Der von mir einberufene Begehungstermin wurde vom Bürgermeister mittels Weisung untersagt. Der Ressortentzug ist der bisherige Höhepunkt dieser Blockadepolitik!“

Bürgermeister Lentsch habe von der Lektion der letzten Gemeinderatswahl – bei der es massive Stimmenverluste für ihn und die ÖVP gegeben hat – nichts gelernt. „Offenbar will Lentsch mit seinem Machtgehabe von der selbstverschuldeten Finanzmisere Neusiedlers ablenken“, so Böhm. Die SPÖ fordert vom Bürgermeister, dass er endlich den Auftrag für das von der Gemeindeaufsicht dringend verlangte Finanzierungskonzept an den vom Gemeinderat bestellten Gutachter vergibt.

GVV zeigt sich im neuen Design

Der GVV Burgenland präsentiert sich seit Kurzem mit einem neuen Design. Herzstück ist das neue Logo als Markenzeichen des GVV.



Umwelt-GR: Neuer Schulungstermin

Aufgrund von Terminkollisionen wurden die für 24. Juni geplante Schulung für die UmweltgemeinderätInnen als auch die Informationsveranstaltung des Bundes und des Landes zum Thema Siedlungswasserwirtschaft/Wasserversorgung abgesagt.

Die neue Termine werden vom GVV zeitgerecht mitgeteilt.

60. Österreichischer Gemeindetag in Linz

Von 11. bis 13. September findet in Linz der 60. Österreichische Gemeindetag statt. Veranstaltungsorte sind das Design Center Linz (Europaplatz 1) und die TipsArena, eine Sport- und Multifunktionshalle auf der Gugl am Froschberg, direkt neben dem Linzer Stadion (Ziegeleistraße 76 -78).

Alle Informationen zum 60. Gemeindetag (Programm, Tagesgebühr, Nächtigung /Hotels, Parken/ Shuttlesevice, Anmeldung, Tagungsticket) bietet die Homepage www.gemeindetag.at.

Gemeindetag 2014 wieder im Burgenland

2014 findet der Gemeindetag wieder im Burgenland statt. Austragungsort ist Oberwart. Termin: 12. bis 13. Juni 2014.

Gemeinde-Beteiligungsmodell fördert Solaranlagen Startschuss für Photovoltaik-Offensive 2013



Landeshauptmann Hans Niessl und GVV-Präsident Erich Trummer stellen die Photovoltaik-Offensive 2103 vor.

Foto: LMS

Gemeinde-Beteiligungsmodell fördert die Errichtung von Solaranlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden und Liegenschaften.

„Mit dieser Initiative soll im Jahr der Energiewende ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Energieautarkie und im Umweltschutz gesetzt werden. Die Gemeinden können so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig deutliche Einsparungen für alle Bürger erzielen“, erklärt Landeshauptmann Hans Niessl. Insgesamt wird teilnehmenden Gemeinden über Bedarfszuweisungen ein nichtrückzahlbarer Zuschuss von 1,29 Millionen Euro – maximal 15.000 Euro je Gemeinde – zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung muss bis 30. April 2015 erfolgen, eine Abwicklung in Teilschnitten soll möglich sein.

Solarkataster liefert Basis

Auf der Basis des im Vorjahr erstellten Solarkatasters, der die photovoltaische Eignung der Dachflächen im Burgenland ausweist, wird Gemeinden nunmehr die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden oder Liegenschaften in deren Eigentum empfohlen. Dies können Gemeindeämter, Schulen, Kindergärten, Freibäder oder Kläranlagen sein.

Gefördert werden Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis maximal 20 kWp pro Gemeinde; für kleinere Anlagen gibt es einen aliquoten Förderzuschuss. Die Umrüstung auf Solarenergie bringe

den Kommunen in mehrfacher Hinsicht Einsparungen, hält Niessl fest: „Zum einen durch den Wegfall herkömmlicher Dacheindeckung im Falle eines Neubaus, durch Vorsteuerabzug und schließlich durch kostenlosen Solarstrom.“

Ein Drittel der Dachflächen gut geeignet

Im Rahmen der Erstellung des Solarkatasters waren alle Dächer der 171 burgenländischen Gemeinden – insgesamt 50 Mio. Quadratmeter Dachflächen – untersucht worden. Knapp ein Drittel davon wurde als für die Produktion von Solarenergie als sehr gut, 20 % als gut geeignet eingestuft.

Bereits 60 Gemeinden sind beim Projekt EKKO dabei. 196 Photovoltaik-Anlagen wurden oder werden gerade von diesen EKKO-Gemeinden errichtet, 16 Gemeinden haben mit EKKO bereits entsprechende Berechnungen für maximale Sonneneffizienz bzw. Erträge bei Gemeindeobjekten ausgearbeitet und damit bereits konkrete Photovoltaik-Projektplanungen. GVV-Präsident Erich Trummer empfiehlt bei der Photovoltaikoffensive die Installation eines sogenannten „Datenloggers“. Dieser solle ein gemeinsames Monitoring über EKKO-Vernetzungs-Projekt www.sonnenkraft-werk-burgenland.at ermöglichen. Einsparvergleiche seien damit im Internet einsehbar: „Photovoltaikgemeinden werden damit zu generellen Energiesparern motiviert“.



energie
BURGENLAND

Ich bin Energie-Gewinnerin.

Weil ich zwar gerne Gas gebe –
aber wenig davon verbrauche.

Eine von 286.000
Energie-GewinnerInnen.

Energie Burgenland unterstützt Sie dabei, möglichst energieeffizient zu leben und fossile Brennstoffe nur dort einzusetzen, wo es notwendig ist. Zu diesem Zweck stehen wir Ihnen mit Energiedienstleistungen, unserem Energie-Spar-Shop und nützlichen Energiespartipps hilfreich zur Seite. www.energieburgenland.at



Bundeskanzler Werner Faymann hat Anfang Juni im Rahmen seiner Kanzlertour das Burgenland besucht. In der Oberwarther Messehalle lobte der Bundeskanzler vor über 1.200 Menschen die hervorragende Entwicklung des Burgenlands: „Das Burgenland ist Vorbild in Österreich, Österreich ist Vorbild in der Europäischen Union! Wir brauchen in Österreich und Europa eine Politik die auf die Ängste und Sorgen der Menschen Rücksicht nimmt, denn sonst ist der soziale Friede gefährdet. Politik hat alles danach auszurichten, dass Beschäftigung und Arbeitsplätze an erster Stelle stehen.“ Zuvor hatte Faymann gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Niessl am Nachmittag die Fachhochschule Eisenstadt besucht. Im Bild (v. l.): Landesrat Helmut Bieler, Landeshauptmann Hans Niessl, Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Mag. Norbert Darabos, Landesrätin Verena Dunst und Staatssekretär Josef Ostermayer.

Foto: SPÖ

GVV & Städtebund: Enge Kooperation

Für eine weiterhin sehr gute und enge Zusammenarbeit zwischen GVV und Städtebund sprechen sich GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer und Städtebund-Vorsitzende LAbg. Ingrid Salamon aus. Beide betonen die Wichtigkeit einer gemeinsamen Vorgangsweise im Interesse der Kommunen. •



**Ziehen an einem Strang:
Städtebund-Vorsitzende LAbg.
Ingrid Salamon und GVV-
Präsident LAbg. Erich Trummer**

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Pflegefonds bis 2016 verlängert

Der Pflegefonds, der die Mehrkosten im Bereich der Pflege abfedert, wird bis 2016 verlängert. Damit ergeben sich bereits 2013 einige Neuerungen.

Die Gemeinden werden über 2014 hinaus mit den Kostensteigerungen im Bereich der Pflege nicht im Regen stehen gelassen. Für die Jahre 2011 bis 2014 sind im Pflegefonds bisher 685 Millionen Euro vorgesehen, für die Jahre 2015 und 2016 wurde nun die weitere Bereitstellung von 650 Millionen Euro beschlossen, die zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden finanziert werden.

Der sogenannte Richtversorgungsgrad, dieser dokumentiert grob gesagt den Anteil betreuter Personen eines Bundeslandes an den pflegebedürftigen Menschen (Pflegegeldbezieher/innen), wurde mit 55 Prozent festgelegt und ist für alle Bundesländer gleich. •

Das größte Problem seit Beginn des Pflegefonds: In den letzten Jahren konnten einige Bundesländer nicht den vollen Betrag, der ihnen zusteht, ausschöpfen, weil die Kriterien für die Förderung der Pflegesachleistungen zu detailliert waren und die Länder aufgrund des Spardrucks eine eher zurückhaltende Ausbaupolitik betrieben haben.

Das soll sich mit dem neuen Gesetz nun ändern: Länder können nicht verbrauchte Mittel eines Landestopfs bis zur maximalen Höhe von 40 Prozent in das nächste Jahr mitnehmen. Zudem wird das Regime des Nachweises der Ausgaben geändert. Die Mittelauszahlung soll nämlich nicht nur bei nachgewiesenen Mehrausgaben erfolgen, sondern künftig auch bei den gesamten Nettoausgaben der förderbaren Bereiche der Langzeitpflege, wenn ein Bundesland den Richtversorgungsgrad bereits erreicht hat. •

Reduzierte Preise von 1. Juli bis Ende 2014 EB senkt Strom- und Gastarife für Kommunen

Die Energie Burgenland reduziert die Strom- und Gastarife für Kommunen: fünf Prozent beim Strom- und drei Prozent beim Erdgaspreis von 1. Juli bis Ende 2014. Die Gemeinden sparen dadurch fast 400.000 Euro. Die Preissenkung gilt auch für Vereine.

Die Energie Burgenland und die Gemeindevertreterverbände der SPÖ und ÖVP haben sich nach intensiven Verhandlungen auf einen Bonus für die burgenländischen Kommunen geeinigt. Mit 1. Juli gibt es für burgenländische Gemeinden und Gemeindegruppen eine Preisreduktion von fünf Prozent bei Strom und drei Prozent bei Erdgas. Ermöglicht wird diese Maßnahme durch die aktuelle Einkaufssituation. Auch Vereine profitierten von den reduzierten Tarifen. Bis zum 31. Dezember 2014 läuft der Vertrag. Eine Preisänderung ist weiterhin möglich, aber nur nach unten. Höher als der ab 1. Juli geltende Tarif werden die Preise nicht. Wie viele Vereine in den Genuss des Bonus kommen werden, konnte man zunächst nicht sagen. „Es sind eher größere Vereine, mit eigenen Einrichtungen“, erläutert GVV-Präsident LABg. Erich Trummer. Für die Gemeinden bedeute der neue Tarif bis Ende 2014 ein Ersparnis von „fast 400.000 Euro – ein hoher Betrag, den die Gemeinden für andere Investitionen verwenden können“.

So wie Trummer zeigt sich auch Gemeindebundpräsident Leo Radakovits

mit den Verhandlungsergebnissen zufrieden. Der GVV-Präsident betont die „außerordentlich gute“ Gesprächsbasis. Die ab 1. Juli geltenden Preise seien als „Signal“ zu werten, „dass den Gemeinden freie Hand auch für künftige weitere Investitionen – sowohl im Energiebereich als auch in sonstigen kommunalen Bereichen – möglich werden“, so die Gemeindevertreter unisono.

Laut aktuellem Stand kommen nicht alle 171 Kommunen in den Genuss der neuen Tarife. Großhöflein im Bezirk Eisenstadt Umgebung ist Kunde eines anderen Energieversorgers, dürfe aber „selbstverständlich“ wieder zurückkommen. Eine zweite Gemeinde, Oberschützen profitiere nur im Hinblick auf den Gastarif, hieß es aus dem Unternehmen. Den Strom rechnet die Kommune über einen Anbieter ab.

Saubere Energie aus dem Burgenland

Das „Energiepaket“ für die heimischen Kommunen garantiere 100 Prozent saubere Energie für unsere Gemeinden, betont Trummer. Kritik übt er an den Bürgermeistern Manfred Kölly (Deutschkreutz) und Wolfgang Rauter (Großhöflein). Großhöflein ist, wie bereits erwähnt, nicht EB-Kunde. „Kölly und Rauter wollen billigen Strom und das offenbar zu jedem Preis! Ihnen ist der Service egal, die Qualität egal und sie sind nur dann Patrioten, wenn Wahlkampf ist! Wir bauen jedenfalls aufs Burgenland und auf saubere Energie.“



SPÖ-Nationalratsabgeordneter Erwin Preiner begrüßt die geplanten Änderungen im Schulbereich

Foto: SPÖ

Tägliche Turnstunde wird Realität

„Ab nächstem Schuljahr gibt es die tägliche Turnstunde – sowohl in der schulischen Tagesbetreuung als auch in den verschränkten Ganztagschulen wird es damit verpflichtend tägliche Sport- und Bewegungseinheiten geben. Mindestens fünf Stunden Bewegung und Sport pro Woche in allen Jahrgängen in ganztägigen Schulformen ist ein großer, erster Erfolg“, freut sich der burgenländische SPÖ-Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner über das von Unterrichtsministerin Claudia Schmied vorgelegte 10-Punkte-Programm.

Außerdem hat der Nationalrat einen 5-Stufen-Plan zur Vermeidung von Schulpflichtverletzungen als Unterstützungshilfe betroffener SchülerInnen und deren Erziehungsberechtigten beschlossen. Um es gar nicht zum Schulschwänzen kommen zu lassen, ist künftig ein abgestuftes Verfahren mit Gesprächen und Beratung vorgesehen. Erst wenn diese Schritte keine Verbesserung bringen, ist eine Verwaltungsstrafe von 440 Euro für die Erziehungsberechtigten bei Schulpflichtverletzung vorgesehen. Das abgestufte Verfahren mit Gesprächen und Beratung sei ein sinnvoller Weg, so Preiner abschließend, denn „Schulschwänzen kann in Einzelfällen gravierende Auswirkung auf die weitere Bildungskarriere haben“.



Die Energie Burgenland und die heimischen Gemeinden sind starke Partner (v. l.): Energie Burgenland Vorstandsdirektor Alois Ecker, Gemeindebundpräsident Leo Radakovits, GVV Präsident Erich Trummer und Energie Burgenland Vorstandssprecher Michael Gerbavits

Foto: zVg



Wollen nachhaltige Strukturen zur Gesundheitsförderung schaffen (v. l.): PGA-Geschäftsführer Heinz Eitenberger, die Leiterin des Fonds gesundes Österreich, Mag.a Christa Peinhaupt, Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar, Projektleiterin Mag.a Brigitte Wolf und BGKK-Direktor Mag. Christian Moder Foto: LMS

Gesundes Dorf – ein Erfolgsprojekt

2002 wurde vom Burgenländischen Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin (BAKS) unter Federführung von MR OA Dr. Karl Mach die Idee des landesweiten Projektes „Gesundes Dorf“ ausgearbeitet. Darauf aufbauend entwickelte der Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA) ein Konzept zum Aufbau von Gesundheitsstrukturen in den Gemeinden. Schließlich wurde 2008 das ausgearbeitete 5-Jahres-Projekt gestartet. 42 Gemeinden wurden im Projektzeitraum beim Aufbau von gesundheitsfördernden Strukturen unterstützt und betreut. „Mit dem Projekt ‚Gesundes Dorf‘ wurde eine Initiative gestartet, die von den Menschen sehr gut aufgenommen wird. Das hat sich auch in der Arbeit des PGA in den vergangenen fünf Jahren gezeigt. Das Projekt ermöglicht, Gesundheitsangebote dort anzubieten, wo die Menschen leben – in ihren Heimatgemeinden“, so Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar. Finanziert wurde die Arbeit des Vereines durch den Fonds Gesundes Österreich mit rund 210.000 Euro und durch das Land Burgenland mit 100.000 Euro. Die Burgenländische Gebietskrankenkasse (BGKK) unterstützte das Projekt mit der notwendigen Infrastruktur. Das Angebot war für die Gemeinden selbstverständlich kostenlos. Das Projekt wird auch nach Auslaufen der 5-jährigen Projektphase weitergeführt – federführend von der BGKK. •

Grenzüberschreitendes Musterprojekt vor Umsetzung Aqua Burgenland-Sopron sichert die Wasserversorgung

Das Projekt „Grenzüberschreitende Sicherung der Wasserversorgung im Pannischen Raum Neusiedler See“ – kurz „Aqua Burgenland Sopron“ – als Musterprojekt für öffentliche Absicherung steht vor der Umsetzung.

Bei diesem Infrastrukturprojekt werden die öffentlichen Wasserversorgungen des WLW Nördliches Burgenland (66 Mitgliedsgemeinden), des Soproner Wasserwerkes mit der Stadt Sopron (29 Gemeinden) und des Wasserverbandes Mittleres Burgenland (18 Gemeinden) zusammengeschlossen.

In der Verbandsversammlung des Wasserleitungsverbands Nördliches Burgenland Ende April wurde das Zukunftsprojekt von den 107 Delegierten aus 66 Mitgliedsgemeinden einstimmig genehmigt. Der Wasserverband Mittleres Burgenland hat bereits in seiner Verbandsversammlung am 13. März das Projekt per einstimmigen Beschluss abgesegnet.

Durch den Zusammenschluss erfolgt neben der gegenseitigen Absicherung insbesondere eine nachhaltige Absicherung der Wasserversorgung des Nordburgenlandes, der Stadt Sopron und Umlandgemeinden sowie dem Mittleren Burgenland. Betroffen sind rund 275.000 Menschen.

Gemeinsame Finanzierung

Die geschätzten Kosten für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen auf ungarischem und österreichi-

schem Staatsgebiet, liegen laut der vorliegenden Planung bei rund 100 Millionen Euro.

Die Umsetzung der Gesamtmaßnahmen ist in mehreren Teilschritten bis ins Jahr 2021 vorgesehen. Baubeginn wird im Jahr 2014 sein.

Für die Finanzierung wurde eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) vorbereitet. Von der EIB werden 39 Millionen Euro zu äußerst günstigen Konditionen bereitgestellt. Davon stehen dem Wasserverband Mittleres Burgenland fünf Millionen Euro zur Verfügung.

Impulse für die Wirtschaft

„Neben der Versorgungssicherheit für die Menschen und Betriebe bringt dieses Projekt einen großen Impuls für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Land. Durch dieses Projekt wird auch die Wichtigkeit des Verbleibes der Wasserversorgung in öffentlicher Hand bewiesen. Nur ein öffentlicher Wasserversorger investiert in die Versorgungssysteme und plant für die Zukunft“, so der Obmann des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland, Bgm. Ing. Gerhard Zapfl, und der 1. ObmannStv., Bgm. Josef Tschida, unisono.

Resolution: Wasserversorgung soll in öffentlicher Hand bleiben

Neben dem Beschluss über das „Projekt Aqua Burgenland Sopron“ wurde von den 107 Delegierten des WLW einstimmig eine Resolution für den Erhalt der Wasserversorgung in öffentlicher Hand verabschiedet. •



DI Dr. Helmut Herlicska (Technischer Betriebsleiter), Bgm. Ing. Gerhard Zapfl (Obmann), Mag. Nikolaus Sauer (Leitender Bediensteter);

Foto: WLW

> SAISONABSCHLUSSFAHRT INSEL KRK - BASKA: 26.-29.9.2013

Leistungen: Busfahrt, 3 x Halbpension, Reiseleitung, 2 x Abendprogramm
(2 kroatische Abende mit Tanzmusik, Folklore)

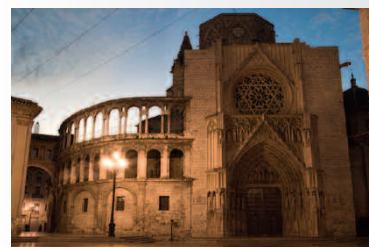
UNTERKUNFT	PREIS	EZZ
Hotel Corinthia 3***	€ 230.-	gratis
Hotel Atrium 5*****	€ 280.-	€ 40.-



> 5-TÄGIGER STÄDTEFLUG NACH VALENCIA: 14.-18.10.2013

Leistungen: Linienflug ohne Zwischenlandung, Transfers, 4 x NF,
Stadtrundfahrt, Reiseleitung.

UNTERKUNFT	PREIS	EZZ
HOTEL BEATRIZ REY DON JAIME 4****	€ 490.-	€ 80.-



> ADVENT IN PÜRGG (OBERSTEIERMARK): 29.11.-1.12.2013

Besuchen Sie mit uns den stimmungsvollsten „Adventort“ des Landes!
Leistungen: Busfahrt, 2 x Halbpension, Reiseleitung,

UNTERKUNFT	PREIS	EZZ
Hotel Seebacherhof 3***S	€ 190.-	gratis



> SILVESTERREISE NACH PECS (FÜNFKIRCHEN): 29.12.2013-2.1.2014

Geführte 5-tägige Reise nach Südungarn mit vielen Höhepunkten!
Leistungen: Busfahrt, 4 x Halbpension, Silvestergala komplett, Sektverkostung,
Weinverkostung, Führungen, GdG-Reiseleitung.

UNTERKUNFT	PREIS	EZZ
Hotel Palatinus Citycenter 3***S	€ 390.-	€ 40.-





Bilder vom Einbau der Tiefenwasserbelüftungsanlage zwischen 04. und 15. November 2010. Dadurch ist die gute Wasserqualität des

Steinbrunner See: Erfolgreiche Sauer

Lange Zeit unbemerkt hat sich im Steinbrunner See über Jahrzehnte hinweg ein Szenario mit sauerstoffloser Tiefenzone eingestellt. In Folge haben sich Salze und Nährstoffe im Tiefenwasser angereichert und toxische Stoffe wie Schwefelwasserstoff gebildet. Zur nachhaltigen Absicherung einer guten Wasserqualität und zum Schutz des Fischbestandes wurde im Auftrag der Gemeinden Steinbrunn und Zillingdorf im Winter 2010 eine sogenannte Tiefenwasserbelüftungsanlage (TIBEAN) installiert. Der Betrieb der Tiefenwasseranlage kann als voller Erfolg bezeichnet werden, das Sauerstoffdefizit wurde ausgeglichen.

Etwa 3.000 Betriebsstunden waren nötig um das über Jahre hinweg aufgebaute Sauerstoffdefizit auszugleichen. Bis Ende 2012 konnte eine Sauerstoffanreicherung in der Tiefenzone zwischen 8 und 17m erreicht werden. Nunmehr werden durch den laufenden Betrieb der Anlage Sauerstoffgehalte zwischen 4 und 6mg pro Liter gesichert. Salz- und Nährstoffgehalte haben abgenommen, der giftige Schwefelwasserstoff wurde abgebaut und ist Geschichte. Fische und andere Lebewesen können diesen Lebensraum nun wieder zurückerobern. Letztendlich wurde mit dieser wichtigen Maßnahme eine nachhaltige Absicherung einer guten Wasserqualität für die Badegäste und Erholungssuchenden bewerkstelligt.

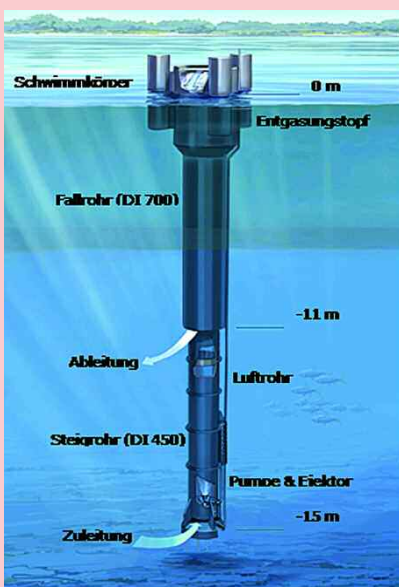
Seit November 2012 kann die Tiefenwasserbelüftungsanlage durch den Einbau einer Online-Messeinrich-

tung und einer Internetverbindung anhand der beständig verfügbaren Echtzeitdaten per Mausklick optimal gesteuert und betreut werden.

Für den Winter 2013 ist eine Verlängerung der Anlage geplant, sodass die Sauerstoffanreicherung auch bis in die tiefsten Bereiche des Gewässers erfolgen kann. Eine gute Wasserqualität des Sees ist damit für die nächsten Jahre gewährleistet.

Das Problem sitzt in der Tiefe

Mitten durch den See, der seine Entstehung dem Bergbau (Kohleabbau) verdankt, verläuft die Landesgrenze zwischen Burgenland und Niederösterreich. Aus dieser Zeit stammt auch die Bezeichnung Bruch II. Die Tagebaurestseen zeichnen sich durch zahlreiche Besonderheiten, unter anderem auch durch einen speziellen Chemismus aus.



So funktioniert die TIBEAN Technologie

Eine Pumpe am unteren Ende des Ansaugrohres erzeugt einen nach oben gerichteten Treibstrom. Durch den entstehenden Unterdruck wird atmosphäre Luft über ein Luftrohr nach unten gesaugt und dort mittels Verdichter und Ejektor in den Treibstrom eingemischt. Das Gemisch aus Luftblasen und Wasser wird im Steigrohr nach oben gedrückt.

Auf dem Weg nach oben in den Entgasungstopf reichert sich das untersättigte Wasser mit Sauerstoff

an. Im Entgasungstopf entweichen überschüssige Gase und das sauerstoffreiche Wasser gelangt in das Fallrohr, über welches das Wasser in eine zuvor festgelegte Tiefe wieder ausgeleitet wird.

Das kalte und sauerstoffangereicherte Tiefenwasser kommt mit dem Oberflächenwasser nicht in Berührung, sodass Schichtungen, Chemismus und Temperaturbedingungen im See nicht beeinflusst werden. •



Sees für die nächsten Jahre gewährleistet.

stofftherapie

Ein hoher Salzgehalt mit hohen Anteilen an Kalzium, Magnesium und Sulfaten, fast wie in Thermen und Heilbädern, charakterisieren die Zusammensetzung des Wassers. Vom Sandstrand der Badebucht aus auf das 5 ha große Gewässer blickend vermutet man kaum, dass der See in der Mitte über eine Tiefe von 23m verfügt.

Der spezielle Chemismus und die große Tiefe begünstigten die Entstehung eines Problems, das „in der Tiefe sitzt“. In Zusammenarbeit mit der burgenländischen Landesregierung (Gewässeraufsicht) und den Gemeinden Steinbrunn und Zillingdorf wurde der See im Auftrag der Gemeinden von Gewässerökologen (DWS Hydro-Ökologie GmbH) über eine Periode von fünf Jahren hinweg intensiv untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass unterhalb einer Tiefe von 8m kein Sauerstoff mehr vorhanden war. Im Frühjahr und Sommer kommt es durch die Erwärmung der oberflächigen Wasserschichten zu einer Trennung in eine warme Oberflächzone und eine kalte Tiefenwasserzone. Warmes Wasser ist leichter als kaltes Wasser. Das warme Wasser schwimmt auf dem kalten Tiefenwasser auf, der Transport von gelösten Stoffen – von der Oberfläche in die Tiefe – wie zum Beispiel Sauerstoff ist unterbunden. Die Sauerstofflosigkeit zieht wie bereits erwähnt eine Reihe von unerwünschten Folgeerscheinungen nach sich. Für Fische und alle anderen Lebewesen, die Sauerstoff benötigen, wird die Tiefenzone zum lebensfeindlichen Milieu. Im Jahr 2010 war bereits nahezu die Hälfte des gesamten Wasservolumens des Sees sauerstofflos. •

SPÖ und GVV drängen auf eine Verfassungsreform GVV: BLRH-Prüfkompetenz auf Gemeindeebene wichtig

Der Gemeindevertreterverband mit seinen 88 Mitgliedsgemeinden spricht sich für eine Prüfkompetenz des BRLH für Gemeinden aus.

Das Burgenland hat 2009 auf SPÖ-Initiative als erstes Bundesland per Landtagsbeschluss die Schaffung der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen gefordert. „Die bundesgesetzliche Basis dafür wurde 2010 geschaffen. Etliche Bundesländer haben davon Gebrauch gemacht, das Burgenland droht jetzt aber zum Nachzügler zu werden. Wir treten daher ganz klar für eine Ausweitung der Prüfkompetenz ein. Ich hoffe, dass auch die ÖVP über ihren Schatten springt. Sachlich gibt es kein Argument gegen unseren Vorschlag“, so GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer. Vier Länder haben die entsprechenden Gesetze bereits erlassen. Abgesehen von Wien (kein LRH) und Niederösterreich gibt es in allen übrigen Bundesländern klare Bestrebungen zur Umsetzung dieser Prüfkompetenz.

Landesrechnungshof: wichtiges Unterstützungsinstrument

Der GVV-Präsident sieht den Landesrechnungshof als wichtiges Unterstützungsinstrument für die Gemeinden. „Wir wollen maximale Sicherheit

für die Kommunen und die BürgerInnen. Die Herausforderungen an die Gemeinden werden immer komplexer – daher sollen sie sich auf ein verlässliches Prüfnetz neben der Gemeindeaufsicht des Landes stützen können“, betont Trummer. Auch eine „rechtzeitige Alarmierung des Rechnungshofes in Ausnahmesituationen“ sei notwendig, verweist der GVV-Chef auf das Beispiel Güssing: „Dort wurden trotz Gemeindeaufsichtskontrolle insgesamt rund 20 Millionen Euro Schulden angehäuft. Anstelle weiteres Geld für Sanierungskonzepte und Beratungen ausgeben zu müssen, hätte eine kostenlose Unterstützung des Landesrechnungshofes den GüssingerInnen viel Geld ersparen können.“

Trummer: „Brauchen Konstruktive Zusammenarbeit“

Außerdem könne der Landesrechnungshof die Gemeinden auch bei Kosteneinsparungen und Verbesserungen im Verwaltungsablauf beraten: „Gemeindekooperationen sind ein Gebot der Stunde und für eine weitere Autonomie aller 171 burgenländischen Gemeinden unerlässlich. Wir brauchen aber messbare Ergebnisse und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den objektiven Experten des Landesrechnungshofes“, so Trummer. •



Sprechen sich für eine Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes für Gemeinden aus: GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer und SP-Klubobmann Christian Illedits

Erster Ausblick auf künftiges Gemeindepartnerschaftsprogramm:

Mehr Professionalität gefordert

Im Rahmen eines von der EU-Kommission und der programmzuständigen Exekutivagentur organisierten Konsultationstreffens erhielten Ende Mai zahlreiche kommunale Verbände einen ersten Einblick in das künftige Gemeindepartnerschaftsprogramm.

Das aktuelle Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ endet bekanntlich dieses Jahr, die letzte Antragsfrist für Gemeindepartnerschaftsprojekte ist der 1. September. Danach müssen interessierte Gemeinden bis zum Inkrafttreten des neuen Programms warten, um einen Antrag für 2014 stellen zu können.

Die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament sind zwar noch in Gang, auch das Programmbudget ist ohne Entscheidung über den mehrjährigen Finanzrahmen noch nicht genehmigt, dennoch geht die EU-Kommission davon aus, dass sich an folgenden Inhalten nicht mehr viel ändern wird:

1. Nur noch zwei statt bisher vier Aktionen

a) Die Aktion aktive europäische Erinnerung wird ausgebaut und kann neben den bisherigen Schwerpunkten Nationalsozialismus, Faschismus, Kommunismus und Stalinismus auch Projekte umfassen, die sich mit der jüngeren europäischen Geschichte und der Überwindung von Vorurteilen befassen. Für diese Aktion werden 20% der Mittel reserviert, auch Gemeinden bzw. Partnerschaftsverbände sind antragsberechtigt.

Förderung: Maximal 100.000 Euro für max. 18 Monate Projektlaufzeit.

b) Die Aktion Bürgerbeteiligung umfasst die Bereiche Gemeindepartner-

schaften, thematische Netzwerke sowie Bürgerbeteiligung/Bürgerprojekte. Hierfür sind 60% der Finanzmittel reserviert, wobei keine Quoten für die einzelnen Maßnahmen vorgesehen sind.

Förderung:

Gemeindepartnerschaften: 5.000 bis 25.000 Euro für max. 9 Monate.

Netzwerke: Max. 150.000 Euro für 24 Monate.

Bürgerprojekte: Max. 150.000 Euro für 18 Monate.

2. Nur noch zwei Antragsfristen

Statt bisher drei Antragsfristen für das Gemeindepartnerschaftsprogramm soll es ab 2014 nur noch zwei Fristen geben und zwar 1. März und 1. September. Für Projekte, die in der ersten Jahreshälfte 2014 geplant sind, ist auf die Antragsfrist 1. September 2013 zu verweisen.

3. Vereinfachung

Die Kommission hofft, die Antragstellung weiter zu vereinfachen, indem a) die Zuschussentscheidung bereits bindenden Charakter hat und nicht auf die formelle Unterschrift der Kommission gewartet werden muss, b) nur noch Pauschalbeträge ausbezahlt werden, c) das elektronische Formular auch für die Übermittlung des Endberichts bindend wird.

4. Vorrangige Themen

Gleichberechtigung, Grenzüberschreitende und lokale Dimension, interkultureller Dialog, Freiwilligenwesen als Ausdruck aktiver Bürgerschaft; zusätzlich dazu wird es jährliche Schwerpunkte geben.

5. Auswahlkriterien

Hier wird vermehrt auf einen multidisziplinären Ansatz geachtet, d.h. Partnerschaftstreffen sollten/können verschiedene Bereiche (Forschung, Bildung,

Diskussionen, Ausstellungen etc.), unterschiedliche Partner (Gemeinden, NGOs, Forschungszentren) aber auch verschiedenste Teilnehmer (Experten, Schüler, Bürger) ansprechen. Je mehr Kriterien ein einzelner Projektvorschlag enthält, umso höher die Punktezahl bei der Bewertung. Der Einsatz innovativer Arbeitsmethoden wird in Zukunft mit Bonuspunkten belohnt werden, die europäische Dimension jedes Treffens muss klar ersichtlich sein.

Bei der Projektauswahl soll auf die Ausgewogenheit zwischen großen und kleinen Projekten sowie auf eine geographische Balance geachtet werden. Die Exekutivagentur muss in Zukunft Statistiken erstellen, wie die Mitgliedstaaten in Relation zu ihrer Bevölkerungsgröße vom Programm profitieren.

Programme mit europäischem Mehrwert

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Bürgerschaftsprogramm weiter professionalisiert wird und nur noch solche Projekte mit Förderungen rechnen können, die ein ausgeklügeltes Programm von europäischem Mehrwert vorweisen können. Dabei muss jedoch nicht unbedingt über Europapolitik diskutiert werden, viele in der Vergangenheit erfolgreiche Projekte setzen sich grenzüberschreitend mit aktuellen gesellschaftspolitischen Problemen wie Jugendarbeitslosigkeit, demographischer Entwicklung oder Integration auseinander.

Sobald das Programm beschlossen ist und der Programmleitfaden vorliegt, wird über die endgültigen Inhalte berichtet.

Zur weiteren Information der Link zum *europe for citizens point Austria*, wo jederzeit aktuelle Informationen zum Programm abgerufen werden können:

<http://www.europagestalten.at/content.aspx?id=85>

Mehr Information & Service auf

www.gvvbgld.at

Facebook: www.facebook.com/gvvburgenland



2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger

Die EU stellt seit 1983 jedes Jahr unter ein bestimmtes Motto. 2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger, in welchem insbesondere über die Rechte der Unionsbürgerschaft informiert werden soll.

Darunter fallen – für Gemeinden von besonderem Interesse – das aktive und passive Wahlrecht von ortsansässigen Unionsbürgern bei EU- und Kommunalwahlen. Auch die Personenfreizügigkeit oder das Recht auf konsularischen Schutz in Drittstaaten durch die Konsulate anderer EU-Mitgliedstaaten gehören dazu.

Die Vertretung der EU-Kommission in Österreich und das Außenministerium planen eine Reihe von Veranstaltungen, die Gemeinden sind eingeladen, sich daran zu beteiligen und beispielsweise Rathausgespräche zu organisieren.

Die Unionsbürgerschaft stellt natürlich eine positive Errungenschaft dar, im Gegensatz zur Staatsbürgerschaft ist sie

mit keinen Pflichten verbunden. Sie stellt auf das einzelne Individuum ab, allfällige negative Auswirkungen auf ganze Systeme sind von den betroffenen Mitgliedstaaten zu tragen. An österreichischen (und belgischen) Universitäten kämpft man mit dem Phänomen, von Studenten größerer Mitgliedstaaten überschwemmt zu werden, auch die Entwicklung der Armutsmigration ist genau zu beobachten, da sie die Sozialhilfesysteme reicherer Mitgliedstaaten auf eine harte Probe stellen könnte.

Diskussionen im Rahmen des Europäischen Jahres sollten auch diese Aspekte nicht aussparen.

<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/europaeisches-jahr-2013-jahr-der-buergerinnen-und-buerger.html>

http://ec.europa.eu/austria/news/2013_01_10_europaeische_jahr_der_buergerinnen_de.htm

Bildungsausgaben in der Krise

Laut einer vor Kurzem veröffentlichten Studie sind die Bildungsinvestitionen in acht EU-Mitgliedsstaaten seit 2010 gesunken. Österreich hat die Bildungsausgaben leicht erhöht.

Es ist wohl eine einfache, aber nicht sonderlich nachhaltige Antwort auf Budgetengpässe, die Bildungsausgaben zu kürzen. Schüler haben keine Lobby und steigen für bessere Lehr- und Lernbedingungen selten auf die Barrikaden.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Eurydice-Studie der EU-Kommission gingen die Bildungsinvestitionen in acht EU-Mitgliedstaaten seit 2010 zurück. Einschnitte von mehr als 5% gab es in Griechenland, Ungarn, Italien, Litauen und Portugal. Einschnitte von 1 bis 5%

gab es in Estland, Polen, Spanien und Schottland. Österreich zählt zu jenen fünf Ländern, die die Bildungsausgaben geringfügig erhöhten. Die größten Einschnitte gab es bei den Lehrergehältern, die in vielen Ländern gekürzt oder eingefroren wurden, in zehn Mitgliedstaaten wurde auch die Anzahl der Lehrkräfte reduziert.

Stipendien, Darlehen und Familienbeihilfen für Schüler und Studierende waren von den Kürzungen in den meisten Ländern nicht betroffen.

Die Studie kann auf Englisch unter folgendem Link abgerufen werden:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/147EN.pdf

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-261_de.htm

Verhandlungsbasis für Mittelverteilung

Ausgehend von den vom Europäischen Rat Anfang Februar beschlossenen Budgetzahlen für den Mehrjährigen Finanzrahmen legte die EU-Kommission Anfang April einen Vorschlag vor, wie die knapp 960 Mrd. Euro in Verpflichtungsermächtigungen auf die einzelnen Rubriken aufzuteilen sind. Dieser Kommissionsvorschlag bildet die Verhandlungsbasis für die tatsächliche Mittelverteilung.

Im Folgenden der Überblick:

Wettbewerbsfähigkeit:

- Horizon 2020: 70 Mrd. Euro
- Erasmus: 13 Mrd. Euro
- Connecting Europe Facility: 19,3 Mrd. Euro

Kohäsion für Wachstum + Beschäftigung:

- Konvergenz: 164,2 Mrd. Euro
- Kohäsionsfonds: 66,3 Mrd. Euro

Natürliche Ressourcen:

- Ausgaben 1. Säule Landwirtschaft: Rückgang von 43,1 Mrd. Euro 2013 auf 37,6 Mrd. Euro 2020
- Ländliche Entwicklung: Rückgang von 13,8 Mrd. Euro auf 11,4 Mrd. Euro
- Umwelt und Klimawandel: Anstieg von 352,4 Mio. Euro auf 486,3 Mio. Euro bis 2020

Sicherheit und Unionsbürgerschaft:

6 Mrd. Euro

Auswärtiges Handeln:

- Entwicklungskooperation 17,3 Mrd. Euro
- Nachbarschaftspolitik 13,6 Mrd. Euro
- Vor-Beitrittsinstrumente 10,5 Mrd. Euro

Hilfe für ehemalige AT-Mitarbeiter

Das EU-Parlament stimmte am 16. April für die Auszahlung von 4 Mio. Euro aus dem Europäischen Globalisierungsfonds zur Unterstützung von 240 ehemaligen Mitarbeitern des Austria Tabak Werkes in Hainburg.



Erstklassige Pianisten, außergewöhnliche Ensembles und viele Meister der Stimme erwarten die Besucher beim Liszt Festival 2014 in Raiding. Details zu den Kartenbestellungen und den diversen Abos bzw. zum Liszt Festival Raiding selbst gibt es via Internet unter www.lisztfestival.at, Tel: +43 (0) 2619-51047-22, raiding@lisztzentrum.at. Im Bild: Intendant Johannes Kutrowatz, der Geschäftsführer der Burgenländischen Kulturzentren, Dr. Josef Wiedenhofer, Kulturlandesrat Helmut Bieler und Intendant Eduard Kutrowatz.

WIR PRODUZIEREN

ZEITUNGEN
MAGAZINE
FILME
WERBUNG
PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS

für

Städte + Gemeinden
Verbände + Vereine
Gewerbe + Handel + Industrie

DIE SCHREIBMEISTER OG
Manfred Murczek
2491 Neufeld • Lisztg. 2
02624 / 521 02
0676 / 610 62 97
murczek@speed.at

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at

Herstellung: DANEK Grafik • Repro • Druck
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M